



Sitzungsniederschrift

Gremium	Ausschuss für Umwelt, Energie, Mobilität und Verkehr
Sitzungstag	Mittwoch, 23.02.2022
Sitzungsbeginn	17:30 Uhr
Sitzungsende	20:35 Uhr
Sitzungsort	Aula der Gesamtschule, Bultstraße 20 59302 Oelde

Vorsitz

Herr Uli Schwieder

Teilnehmende

Herr Norbert Austrup
Frau Nadine Diekmann
Frau Kerstin Horstmann
Herr Benito Kohaus
Herr Dirk Leifeld
Herr Meik Libor
Herr Andreas Nienaber
Herr Bernhard Poppenberg
Herr Ludger Reckmann
Herr Juan-Francisco Rodriguez Ramos
Herr Holger Schramm
Herr Christoffer Siebert
Herr Markus Westbrock
Herr Ludger Wiesch gen. Borchert

Verwaltung

Frau Stefanie Gröne
Herr André Leson
Herr Markus Berheide

Schriftführerin

Frau Vanessa Wolf

Es fehlten entschuldigt

Teilnehmende

Herr Antonius Brinkmann

Herr Peter Hellweg

Frau Hiltrud Krause

Frau Anna Schestak

Frau Manuela Steuer

Herr Steffen Vollenkemper

Herr Michael Zummersch

Vertreten durch Wolfgang Bovekamp

Inhaltsverzeichnis

Öffentliche Sitzung		Seite
1.	Einwohnerfragestunde	5
2.	Zwischenbericht zur Fortschreibung des Klimaschutzkonzeptes M 2022/610/5113	5 - 6
3.	Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen auf Pflanzung von großkronigen Bäumen im Bereich des Grünstreifens entlang des Fahrradweges zwischen Benningloh I und II B 2021/610/5010/1	6 - 7
4.	Förderung von Stecker-Solar-Geräten B 2022/610/5112	7 - 8
5.	Weitere Umsetzung von Maßnahmen aus dem Mobilitätskonzept B 2022/610/5114	8 - 10
6.	Umrüstung und Erweiterung der Straßenbeleuchtung B 2022/661/5108	10 - 11
7.	Schaffung von Retentionsräumen und Entwicklung/Aufwertung eines Grünzuges am Rathausbach B 2022/661/5109	11
8.	Statusbericht Starkregen- und Hochwasserschutz in Oelde M 2021/661/5051	11 - 12
9.	Verschiedenes	12
9.1.	Mitteilungen der Verwaltung	12
9.2.	Anfragen an die Verwaltung	12 - 13

Öffentliche Sitzung

Der Vorsitzende des Ausschusses für Umwelt, Energie, Mobilität und Verkehr, Herr Schwieder, eröffnet die Sitzung, indem er Herrn Auge und Frau Zimara von der B.A.U.M. Consult GmbH, die Klimaschutzmanagerin Frau Gröne, die Ausschussmitglieder, die Verwaltung und die Presse begrüßt.

Herr Schwieder stellt fest, dass es keine Änderungen zur Tagesordnung gibt, dass frist- und formgerecht eingeladen wurde und dass das Gremium beschlussfähig ist.

1. Einwohnerfragestunde

Es werden keine Fragen von Bürgerinnen und Bürger gestellt.

2. Zwischenbericht zur Fortschreibung des Klimaschutzkonzeptes

M 2022/610/5113

Es erfolgte eine Präsentation der Firma B.A.U.M. Consult GmbH. Weitere Informationen können der Sitzungsvorlage und den Präsentationen entnommen werden.

Herr Poppenberg fragt, ob die genannte Einsparung der CO₂-Emissionen im Zeitraum 1990 bis 2019 i.H.v. 48% nur auf die Stadt Oelde bezogen sei.

Herr Auge entgegnet, dass die Erhebung eine Territorialbilanz sei und diese auf das Stadtgebiet von Oelde umgerechnet werde. Es handle sich nicht um reale Werte, sondern solle zeigen an welchen Stellen gearbeitet werden müsse.

Herrn Reckmann fehlt die Radikalität in der aufgezeigten Rechnung. Er bezieht sich auf die bisherigen eingesparten Tonnen CO₂, die gleiche Menge müsse auch 2030 noch einmal eingespart werden, um das Ziel der Klimaneutralität zu erreichen. Er erkundigt sich, ob das berücksichtigt würde.

Herr Auge entgegnet, dass die Jahre 2009 – 2019 insbesondere geprägt von Energie-Einsparungen im Industriesektor und bei den privaten Haushalten waren, dies aber zukünftig nicht mehr der Fall sei. Sollte es so weitergehen, wäre das Ziel nicht zu erreichen. Daher müsse man eine deutlich schnellere Zielerfüllung signalisieren. Trotzdem wolle man keine Panik verbreiten. Man müsse die Möglichkeiten jedes Einzelnen betrachten und mit richtiger Kommunikation auf erforderliches Handeln aufmerksam machen.

Herr Siebert bezieht sich auf das erste Klimaschutzkonzept, dieses sei nicht transparent genug gewesen. Zudem sei er nicht zufrieden mit der Umfrage, bei der 1/3 der Befragten nicht wisse, was in Oelde im Bereich des Klimaschutzes passiere. Er sieht hier ein klares Defizit.

Herr Bovekamp interessiert sich für die Herangehensweise bei der Vermittlung der Verantwortung jedes Einzelnen. Er befürchtet, dass durch eine gestellte Person, in diesem Fall die Klimaschutzmanagerin, sich der Bürger aus der Verantwortung nehme.

Herr Auge antwortet, dass es mit zwei Punkten funktioniere. Man müsse gut darüber informieren, was jeder Einzelne tun könne. Zudem sei die richtige Signalsetzung bei den Zielen sehr wichtig.

Herr Westbrock bezieht sich auf die Aussage von Herrn Reckmann und findet, es müsse einen gangbaren Weg geben, dieser solle nicht unbedingt radikal sein.

Herr Poppenberg lobt die pragmatische Herangehensweise von Herrn Auge und bestätigt, dass die landwirtschaftlichen Betriebe ebenfalls bereit seien, ihren Teil beizutragen.

Herr Rodriguez fragt, ob die Maßnahmen auf Bundes- oder Landesebene einzuordnen seien. Zudem schlägt er vor, die langfristigen Maßnahmen nicht zuletzt, sondern als erstes zu starten.

Herr Auge beteuert, dass die Kommunikation hierbei ein wichtiger Punkt sei. Man müsse Förderungen und Regeln sichtbar machen und so das Bewusstsein der Bürger stärken. Zudem solle transparenter einzusehen sein, woran die Verwaltung momentan arbeite und mitwirke. Man könne radikale Schritte wagen, aber müsse dabei jeden Einzelnen mitnehmen. Da dies schwierig zu vereinbaren sei, müsse dort angefangen werden, wo der Bürger momentan auch stehe. Hierbei sei die Wärmeversorgung ebenfalls ein wichtiges Thema.

Herr Reckmann erörtert seinen Gedanken mit den radikaleren Maßnahmen, es müsse große und passende Schritte geben. Ansonsten würde man sich in 10 Jahren nur noch mit der Klimafolgenanpassung beschäftigen.

Beschluss

Der Ausschuss für Umwelt, Energie, Mobilität und Verkehr nimmt den Sachstandsbericht zur Fortschreibung des Klimaschutzkonzeptes zur Kenntnis.

3. Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen auf Pflanzung von großkronigen Bäumen im Bereich des Grünstreifens entlang des Fahrradweges zwischen Benningloh I und II B 2021/610/5010/1

Weitere Informationen können der Sitzungsvorlage entnommen werden.

Herr Austrup drückt seine Bedenken über den zusätzlichen Aufwand der Baumbepflanzung für den Baubetriebshof aus. Der Baubetriebshof kümmere sich bereits um viele Bäume. Er zieht eine Baumpatenschaft in Erwägung und fragt, ob über ein solches Thema bereits nachgedacht wurde.

Frau Gröne bestätigt, dass das Konzept einer Baum- bzw. Beetpatenschaft bereits ausgearbeitet sei. Der Aufruf an Bürgerinnen und Bürger eine freiwillige Pflege-Patenschaft für öffentliche Beete und Grünflächen zu übernehmen, starte in diesem Jahr.

Frau Rodeheger entgegnet, es sei wünschenswert, wenn viele Bürger eine Baum- oder Beetpatenschaft übernehmen. Sie verweist des Weiteren auf die Verkehrssicherungspflicht in Bezug auf die Baumbepflanzung. Daher sei eine Entbindung des Baubetriebshofs nicht möglich. Sie bestätigt den Gedanken, dass mehr Bäume ebenfalls mehr Aufwand bedeuten würden. Trotzdem könne man eine Patenschaft nicht einfordern und müsse auf das freiwillige Engagement der Bürger setzen.

Herr Poppenberg interessiert sich für die Kostenaufstellung der Neupflanzung entlang des Fahrradweges und möchte wissen, ob die genannten Kosten die Arbeiten des Baubetriebshofs oder die eines Garten- und Landschaftsbaubetriebes Betriebes seien.

Frau Gröne bestätigt, dass der Baubetriebshof mit der Bepflanzung beauftragt würde. Die Kostenaufstellung beruhe auf einer Kalkulation, bei der pro Baum 200 € berücksichtigt würde. Die Unterhaltungskosten müssen zusätzlich hinzugerechnet werden.

Frau Rodeheger bestätigt die Aussage von Frau Gröne und fügt hinzu, dass es sich bei den Arbeiten des Baubetriebshofes um eine interne Leistungsverrechnung handele und daher keine realen Kosten entstünden.

Beschluss

Der Ausschuss für Umwelt, Energie, Mobilität und Verkehr stimmt dem Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen einstimmig zu und beauftragt die Verwaltung mit der Pflanzung von großkronigen Bäumen entlang des Grünstreifens am Fuß- und Radweg zwischen den Baugebieten Benningloh I und II.

Anzahl und Art der Bäume werden durch den FD 662 vor Ort bestimmt. Dabei wird eine maximale Anzahl an Bäumen und die Pflanzung standortgerechter Arten angestrebt.

4. Förderung von Stecker-Solar-Geräten B 2022/610/5112

Frau Gröne fasst die Eckpunkte des geplanten Förderprogramms in der Sitzung zusammen. Weitere Informationen können der Sitzungsvorlage entnommen werden.

Herr Siebert möchte wissen, ob die Stadtwerke Ostmünsterland noch bei der Einrichtung der Solarmodule mitwirken müssen.

Frau Gröne entgegnet, dass zu Anfang Absprachen mit den Stadtwerken Ostmünsterland erforderlich seien. Im Rahmen der Antragstellung werde darauf hingewiesen, dass vor der Anschaffung des Stecker-Solar-Gerätes der Netzbetreiber, in diesem Fall die Stadtwerke Ostmünsterland, zu informieren, der vorhandene Zähler zu prüfen und ggf. ein Zweirichtungszähler einzubauen sei. Diese würden Hilfestellungen geben bei der Auswahl neuer Stromzähler, danach würde sich das Ganze einspielen.

Herr Siebert ist besorgt über die Komplexität des Verfahrens und den Austausch der Stromzähler.

Herr Leson beruhigt, dass die Stadtwerke Ostmünsterland nicht überall einen neuen Stromzähler einbauen müssen. Lediglich dort, wo tatsächlich noch die alten Zähler aus früheren Jahren verbaut seien, müsse ein Austausch erfolgen.

Herr Siebert fragt, ob dies den Bürgern bewusst wäre.

Frau Gröne bestätigt, dass dies in der Regel den Bürgern bewusst sein müsse. Der Austausch der Stromzähler sei für den Bürger kostenlos.

Beschluss

Der Ausschuss für Umwelt, Energie, Mobilität und Verkehr stimmt dem Förderprogramm für Stecker-Solar-Geräte einstimmig zu und beschließt die Richtlinie der Stadt Oelde zum Förderprogramm „Stecker-Solar-Geräte“ in der als Anlage beigefügten Fassung.

5. Weitere Umsetzung von Maßnahmen aus dem Mobilitätskonzept B 2022/610/5114

Weitere Informationen können der Sitzungsvorlage entnommen werden.

Herr Siebert erkundigt sich, ob der Radweg entlang der Straße „In der Geist“ anderweitig verplant sei. Da er befürchtet, dass der Weg ansonsten weiterhin benutzt werde, obwohl es eine Alternative gäbe.

Frau Gröne entgegnet, dass der Radweg an der Straße weiterhin bestehen bliebe und man die Bürger mit Hinweisschildern auf den neuen Weg aufmerksam machen wolle.

Herr Leson fügt hinzu, dass jeder Anwohner an der Straße weiterhin die Möglichkeit haben müsse, mit dem Fahrrad an sein Haus zu gelangen.

Frau Horstmann interessiert sich für die Vorfahrtsregelung an der Stelle, an dem der „Kurenholtweg“ den Radweg kreuze. Hier habe der Autofahrer die Vorfahrt.

Frau Gröne versichert, dass die Regelung im Zuge der Maßnahme geprüft werde.

Ergänzung der Verwaltung:

Aktuell gilt an der Kreuzung die „Rechts-Vor-Links-Regel“. Das Ordnungsamt der Stadt Oelde prüft, ob den Radfahrern durch eine entsprechende Beschilderung Vorfahrt gewährt werden kann.

Herr Siebert äußert sich zu dem Fahrradweg an der Konrad-Adenauer-Allee. Seiner Meinung nach sei der Weg zu schmal.

Herr Leson entgegnet, dass der schmale Weg dem beengten Straßenquerschnitt geschuldet sei.

Herr Siebert bemängelt die Alternativroute zu der „Ennigerloher Straße“ entlang des Rathausbaches. Er befürchtet, dass auch die Alternativroute zur Straße L793 „In der Geist“ nicht die gewünschte Resonanz erfahre.

Herr Leson merkt an, dass im Zuge der Entwicklung des Overberg Areals der Fuß- und Radweg am Rathausbach auch in Richtung Innenstadt ausgebaut werden solle, um für Radfahrer eine sichere Alternative zur Nutzung der Hauptstraße anbieten zu können. Selbstverständlich könne man aber niemanden zur Nutzung zwingen. Gleiches gelte auch für den Weg an der Straße „In der Geist“.

Herr Poppenberg ergänzt, dass die Gefahr auf schmalen Rad- und Fußwegen durch gegenseitige Rücksichtnahme gebannt werden könne. Dabei müsse bedacht werden, dass nicht überall ein idealer Fahrradweg zur Verfügung stehe.

Herr Siebert überlegt, ob die Straßen „Kalverkamp“ und „Theodor-Naarmann-Straße“ tatsächlich zu einer Fahrradstraße gemacht werden können. Er warnt vor dem Verkehr, der durch den „Kalverkamp“ nach Ennigerloh fließe.

Frau Gröne bestätigt, dass diese Maßnahme aus dem Mobilitätskonzept erstmal nicht weiterverfolgt werde. Alternativ dazu solle der Bedarf für eine Querungshilfe für die Geiststraße in Höhe „Zum Mühlenteich“ ermittelt werden, da dies u.a. auch der offizielle Schulweg sei.

Herr Reckmann fragt, warum die Maßnahme der Querungshilfe an der L806 Hauptstraße Lette/ Hohlbrink mit einem Grundstückskauf verbunden sei.

Herr Leson entgegnet, dass die Straße um die Querungshilfe herum gelegt werden müsse und es somit zu einem Grundstückskauf für die Verlegung führe.

Herr Poppenberg interessiert sich für die Kalkulation des Mobilitätskonzepts und möchte wissen, warum die Kosten so unterschiedlich aufgeteilt seien. Da es für ihn teurer wirke, eine Ampel zu errichten, statt eine Querungshilfe zu schaffen.

Herr Leson antwortet, dass für die Errichtung der Ampelanlage an der Rhedaer Straße keine Änderung im Straßenquerschnitt erforderlich sei. Hingegen sei die Querungshilfe in Lette nur mit einem aufwendigeren Umbau der Straße zu ermöglichen.

Frau Dieckmann bemängelt, dass viele Autofahrer in der Fahrradstraße „Zur Dicken Linde“ nicht mit den Regelungen vertraut seien und somit zu schnell fahren würden.

Herr Leson bestätigt, dass Hinweisschilder dafür bereits bestellt seien und diese durch den Baubetriebshof aufgestellt werden.

Ergänzung der Verwaltung:

Diese werden zusammen mit der Einrichtung der Hol- und Bringzonen aufgestellt.

Herr Rodriguez möchte wissen, ob die Ampelanlagen an der Konrad-Adenauer-Allee in der Nacht ausgeschaltet werden können.

Herr Leson erinnert sich daran, dass dieses Thema schon einmal mit Straßen.NRW besprochen wurde. Dennoch werde man sich bei Straßen.NRW informieren.

Herr Poppenberg äußerte den Wunsch, die Querungshilfe im nächsten Bezirksausschuss Stromberg vorzustellen.

Herr Leson entgegnet, dass der Rat dem Mobilitätskonzept bereits zugestimmt habe und daher eigentlich keine weitere Beratung in anderen Ausschüssen mehr vorgesehen sei. Da eine weitere Beratung im Bezirksausschuss Stromberg zeitlich unkritisch sei, könne man dem Wunsch nachkommen.

Beschluss

Die Umsetzung der beschriebenen Maßnahmen aus dem Klimaschutzkonzept Mobilität werden einstimmig beschlossen.

Im ersten Schritt werden die Maßnahmen Nr. 3 und Nr. 4 angegangen. Danach rücken je nach Realisierbarkeit und Budgetverfügbarkeit die Maßnahmen Nr. 1, Nr. 6 und Nr. 18 nach.

6. Umrüstung und Erweiterung der Straßenbeleuchtung B 2022/661/5108

Weitere Informationen können der Sitzungsvorlage entnommen werden.

Herr Rodriguez fragt sich, warum von den bereitgestellten 350.000 € zur Umrüstung der Straßenbeleuchtung auf LED nur 176.000 € ausgegeben wurden.

Herr Leson vermutet, dass das Budget auf die Dunkelzonen und den turnusmäßigen Umbau auf LED aufgeteilt wurde, sagt aber einer Prüfung zu.

Ergänzung der Verwaltung:

<i>Mittelübersicht für die Abarbeitung der Dunkelzonen</i>				
<i>Sachkonto: 12.01.01.4042.7831001</i>				
	<i>Ansatz</i>	<i>VK-Vorlagen Aufträge</i>	<i>Auszahlungen</i>	<i>Übertragung ins Folgejahr</i>
<i>HHJ 2019</i>	<i>100.000,00 €</i>	<i>87.268,26 €</i>	<i>0,00 €</i>	<i>75.002,86 €</i>
<i>HHJ 2020</i>	<i>50.000,00 €</i>		<i>87.268,26 €</i>	<i>50.000,00 €</i>
<i>HHJ 2021</i>	<i>100.000,00 €</i>	<i>89.681,02 €</i>	<i>89.681,02 €</i>	<i>60.318,98 €</i>
<i>HHJ 2022</i>	<i>100.000,00 €</i>	<i>95.000,00 € + x (s.u.)</i>		

Berheide, 03.03.2022

Da die Maßnahmenliste erst Ende 2019 beschlossen wurde, erfolgte in 2019 keine Umsetzung mehr.

Die Maßnahmen werden stets beauftragt, die Umsetzung u. Abrechnung erfolgten aufgrund der Lieferzeiten meist im Folgejahr. Somit sind bis Feb. 2022 zunächst 176.949,28 € ausgezahlt worden. Aktuell erfolgt die Beauftragung der Stadtwerke Ostmünsterland für Maßnahmen im Wert von 95.000 €. Sobald die Mittelübertragung von 2021 nach 2022 erfolgt

ist, sollen zeitnah weitere Maßnahmen für rd. 50.000 € an die Stadtwerke beauftragt werden.

Damit wären ca. 325.000 € der bislang zur Verfügung stehenden 350.000 € verbaut. Der Rest ist Puffer für aktuelle Maßnahmen.

Herr Rodriguez fragt, ob die Schulwegsicherung bevorzugt werde.

Herr Leson versichert, dass in den Maßnahmen die Schulwege prioritär berücksichtigt werden.

Herr Austrup bittet um schnelle Aufstellung einiger Lampen an dem Parkplatz hinter dem Friedhof in Sünninghausen.

Herr Leson bestätigt, dass dies in die Liste der Dunkelstellen mit aufgenommen werden solle. Jedoch wäre eine Durchführung in diesem Jahr wohl nicht möglich.

Beschluss

Der Ausschuss für Umwelt, Energie, Mobilität und Verkehr beschließt einstimmig die Umsetzung der vorgeschlagenen Maßnahmen zur Verbesserung der Straßenbeleuchtung.

7. Schaffung von Retentionsräumen und Entwicklung/Aufwertung eines Grünzuges am Rathausbach B 2022/661/5109

Einhergehend mit Tagesordnungspunkt 8.

Beschluss

Der Tagesordnungspunkt wird aufgrund der inhaltlichen Verknüpfungen gemeinsam mit dem Tagesordnungspunkt „Sachstandsbericht Hochwasser- und Starkregenvorsorge in Oelde“ behandelt.

Der Ausschuss für Umwelt, Energie, Mobilität und Verkehr beauftragt mehrheitlich mit einer Gegenstimme die Verwaltung mit der externen Erarbeitung eines Konzeptes zur Verbesserung der Hochwassersituation sowie zur Reduzierung der hydraulischen Belastung des Rathausbaches und der Nebengewässer.

8. Statusbericht Starkregen- und Hochwasserschutz in Oelde M 2021/661/5051

Herr Berheide stellt die Thematik in einer Präsentation dar. Weitere Informationen können der Präsentation und der Sitzungsvorlage entnommen werden.

Herr Westbrock ergänzt, dass Starkregen auch ein Thema in den Ortsteilen sei und befürchtet viel Aufwand.

Herr Bovekamp verweist auf die Aussagen einiger Bürger. Diese seien der Meinung, dass die Regenrückhaltebecken nicht ausreichend gepflegt worden seien. Er fragt sich, welche Maßnahme nun ergriffen werde.

Herr Berheide entgegnet, dass es einen regelmäßigen Rhythmus gäbe, in dem die Becken kontrolliert und gepflegt werden. Der Bewuchs der Becken würde die Beckengröße nicht schmälern. Es werde nach Vorgaben und Listen gearbeitet, so werden sämtliche Becken im zwei Jahres Durchlauf kontrolliert und bearbeitet. Dies gewähre die beste Funktionstüchtigkeit.

Herr Leson bestätigt, dass ein bewachsenes Regenrückhaltebecken nicht automatisch seine Funktionalität verliere, da der Bewuchs sich im Falle des Beckeneinstaus flachlege und zu nahezu keinem Volumenverlust führe. Außerdem ergänzt er, dass es gesetzliche Regelungen zur Selbstüberwachung von Abwasseranlagen gebe, die in Oelde selbstverständlich eingehalten und dokumentiert würden.

Frau Rodeheger fügt hinzu, dass die aktuell laufende Erhebung des Kanalnetzes im Stadtgebiet zeigen werde, welche Versäumnisse aufzuholen seien. Sie erwähnt außerdem den derzeitigen personellen Engpass im Fachdienst Tiefbau & Umwelt und bestätigt, dass es zukünftig ein Konzept zur ganzheitlichen Kanalsanierung geben werde.

Herr Leifeld interessiert sich für eine Offenlegung des Rathausbaches in der Innenstadt.

Herr Berheide sieht eine Problematik in der Offenlegung, da der Marktplatz tiefer gelegen sei als der Rest der Innenstadt und sich dort Wasser ansammle, welches nicht abfließen könne.

Herr Leson ergänzt, dass im Zuge des Masterplans über eine Offenlegung nachgedacht habe. Er warnt jedoch vor der Offenlegung des Rathausbachs, da hierbei eine Überflutungsgefahr für die Innenstadt entstehe.

Beschluss

Der Ausschuss für Umwelt, Energie, Mobilität und Verkehr nimmt die Ausführungen zum Status des Starkregen- und Hochwasserschutzes in Oelde zur Kenntnis.

9. Verschiedenes

9.1. Mitteilungen der Verwaltung

Mitteilungen der Verwaltung erfolgen nicht.

9.2. Anfragen an die Verwaltung

Herr Rodriguez möchte wissen, wie die Kontrolle und Durchsetzung in Bezug auf die Vermeidung von geschotterten Vorgärten durchgeführt werde.

Frau Gröne berichtet, dass in der Vergangenheit die Garten- und Landschaftsbaubetriebe in Oelde angeschrieben wurden, um anhand eines Flyers auf die Problematik aufmerksam zu machen. Leider gäbe nur eine geringe Resonanz und man müsse das Umdenken der Eigentümerinnen und Eigentümer anregen. In Neubaugebieten würde es durch den B-Plan bereits ein Verbot von Schottergärten geben.

Herr Leson macht darauf aufmerksam, dass aktuell die Rechtsgrundlage für solche Verbote im Rahmen der bestehenden Vorgartensatzung fehle. Die Stadt Oelde müsse sich also zukünftig überlegen, wie eine solche Satzung angepasst werden könne, um wieder rechtssicher agieren zu können. Bei Beschwerden werden diese aktuell durch die Bauordnung verfolgt. Eine turnusmäßige Regelkontrolle sei alleine schon aufgrund der personellen Ressourcen nicht möglich.

Herr Reckmann interessiert sich für die Solarpotentialstudie, die für die städtischen Gebäude angefertigt werden solle. Er weist darauf hin, dass für Kommunen zur Errichtung von PV-Anlagen eine Förderung von 90 Prozent bestehe.

Herr Leson bestätigt, dass dieses Förderprogramm bekannt sei. Allerdings bestehe momentan ein Stopp für Förderanträge, aufgrund der Vielzahl von Anträgen anderer Kommunen. Die Ergebnisse der Studie sollen in der nächsten Ausschusssitzung vorgestellt werden.

Herr Libor fragt, ob es für die öffentlichen Wege, die aus einem Quarz-Sand-Gemisch (wassergebundene Decke) hergestellt seien, eine Alternative gäbe. Diese Wege seien durch ihre Beschaffenheit bei Nässe oft schwer zugänglich für Menschen im Rollstuhl oder mit Rollator. Er schlug beispielweise den Einsatz von Häckselmaterial vor.

Herr Leson antwortete, dass generell wassergebundene Wege so hergestellt würden, dass ein gezielter Wasserabfluss möglich sei und sich daher eigentlich auch bei Nässe keine Pfützen oder Senken bilden sollten. Dennoch könne dies natürlich im Einzelfall passieren. Würden diese Wege alle komplett versiegelt werden, gäbe es ein Problem mit der Niederschlagswasserbeseitigung, da dann die Installation von Straßenabläufen erforderlich wäre.

Der Einsatz von Häckselmaterial auf Wegen sei bisher noch nicht umgesetzt worden. Da dieses Material nicht verdichtbar sei, könnte die Passierbarkeit mit Rollstühlen oder Rollatoren eher noch beschwerlicher werden.

gez. Uli Schwieder
Vorsitzender

gez. Vanessa Wolf
Schriftführerin